„Berlin bezahlbar machen“ war der zentrale Wahlkampfslogan der Linken in Berlin. Die Frage, wie, für wen und vor allem wovon, wurde dabei aber tunlichst ausgeklammert. Aber die zahlreichen angekündigten Wohltaten und Gimmicks lassen sich leider nicht mit ungedeckten Schecks bezahlen, und diese eigentlich simple Erkenntnis prägt mittlerweile auch die Koalitionsverhandlungen zwischen den Linken, den Grünen und der SPD zur Bildung einer rot-grün-roten Landesregierung unter Führung der linken Spitzenkandidatin Elif Eralp. Von **Rainer Balcerowiak**.

Bei den Koalitionsverhandlungen wurden laut Medienberichten alle rund 300 Teilnehmer der 14 ressortbezogenen Verhandlungsgruppen in einer „Bedienungsanleitung Haushalt“ ermahnt, Vorhaben nur dann für den Koalitionsvertrag vorzuschlagen, wenn sie durch Umschichtung oder Erhöhung der Einnahmen in den jeweiligen Ressorts finanziert werden können. Dazu kommt, dass die massiven Kürzungen der vergangenen beiden Doppelhaushalte nicht rückgängig gemacht werden können. So wurden allein im Verkehrsressort 2025 über 660 Millionen Euro gekürzt. Auch sollen die Etats weitgehend eingefroren werden, was bei steigenden Kosten und Gehältern de facto eine Kürzung bedeutet. Was in den Koalitionsvertrag reinkommt, wird letztendlich eine „Dachgruppe“ aus Spitzenvertretern der drei Parteien entscheiden. Das soll bis zum Jahresende erledigt sein.

Es gibt ferner eine Prioritätenliste von Vorhaben, die auf alle Fälle realisiert werden sollen. Dazu gehören unter anderem der Mietendeckel bei den landeseigenen Wohnungsunternehmen, die Kiezkantinen, in denen an bis zu 19 Standorten ohne Bedürftigkeitsprüfung ein warmes Mittagessen für 3 Euro angeboten werden soll, der Ausbau der Fahrradinfrastruktur, die Preisabsenkung des Sozialtickets für den ÖPNV auf 9 Euro, der kostenlose Museumssonntag, weitere Mittel für Suchtprävention und Drogenhilfe und die Sanierung von Polizeiwachen und Feuerwehren. Bei einer ersten Sitzung der „Dachgruppe“ verständigte man sich ferner darauf, eine Bewerbung Berlins für die Weltausstellung EXPO im Jahr 2035 zu prüfen und die Verkehrssicherheit zu verbessern, durch mehr Tempo-30-Straßen und temporäre Fahrverbote in gefährlichen Bereichen vor Schulen. Das nächste Treffen der Dachgruppe ist für den 30.November vorgesehen, bis dahin sollen die Fachverhandlungsgruppen auch erste Ergebnisse vorlegen.

Derweil flatterte den Koalitionären in spe noch eine kräftige finanzielle Stinkbombe auf den Verhandlungstisch. Die vom Bundesverfassungsgericht verfügten

Nachzahlungen bei der Beamtenbesoldung für die Jahre 2008-2025 betragen nach neuen Erhebungen nicht die bislang veranschlagten 1,2 Milliarden Euro, sondern rund 2,1 Milliarden Euro. Geld, das aus dem Kernhaushalt des Landes finanziert werden muss. Zur Erinnerung: Der Berliner Haushalt hat derzeit ein strukturelles Defizit von bis zu 5 Milliarden Euro pro Jahr. Die Gesamtschulden belaufen sich (Stand Ende 2025) auf 71,6 Milliarden Euro. Durch die fälligen Umschuldungen wird sich die Zinslast erheblich erhöhen, die Niedrigzinsphase ist bekanntlich vorbei. Derzeit beträgt sie rund eine Milliarde Euro pro Jahr. 2029 werden es nach derzeitigem Stand trotz deutlich gedrosselter Neuverschuldung mindestens 2 Milliarden Euro sein.

Gerne hätten wir mit einer Haushaltspolitikerin der Linken ein Interview zu der Frage geführt, was angesichts der desaströsen Finanzlage von den angekündigten Wohltaten überhaupt übrigbleiben könnte. Doch mehrere entsprechende Anfragen verliefen im Sande.

Kritikerin aus der Fraktion gefeuert

Derweil ist ein gewichtiger Stolperstein für die Fortsetzung der Koalitionsverhandlungen aus dem Weg geräumt worden. Am Dienstag beschloss die Fraktion der Linken mit der erforderlichen 2/3 -Mehrheit, die in Neukölln direkt gewählte Abgeordnete Vanessa Emde aus der Fraktion auszuschließen. Dafür stimmten 33 Abgeordnete, 6 waren dagegen, 4 enthielten sich. Grüne und SPD hatten zuvor mehr oder weniger eindeutig gedroht, andernfalls die Koalitionsverhandlungen abzubrechen. Emde hat angekündigt, ihr Mandat zu behalten, und künftig als fraktionslose Abgeordnete im Parlament zu sitzen.

Ausgangspunkt des Ausschlussverfahrens war die Haltung Emdes zu einer auf Drängen von SPD und Grünen in den Sondierungen vereinbarten Erklärung, in der unter anderem das Existenzrecht des Staates Israel ausdrücklich anerkannt und sogenannter israelbezogener Antisemitismus verurteilt wird. Diese Erklärung wurde in leicht modifizierter Form auch bei der Konstituierung der Linken-Fraktion übernommen, und zunächst auch von Emde unterschrieben, was sie aber einen Tag später revidierte.

Emde wird weiterhin vorgeworfen, am Tag des Parteitags, der über die Aufnahme zu Koalitionsverhandlungen entscheiden sollte, als Rednerin an einer Kundgebung vor dem Konferenzgebäude unter dem Motto „Für Palästina gewählt – verraten für den Senat“ teilnahm, die sich sowohl für uneingeschränkte Unterstützung des

palästinensischen Widerstands aussprach, als auch generell gegen die Bildung einer Koalition wandte.

Inzwischen ist Emde zu einer Art Galionsfigur der Koalitionsgegner in und im Umfeld der Linken avanciert. Dazu gehören u.a. die Landesarbeitsgemeinschaft (LAG) Palästinasolidarität, die Jugendorganisation solid, der Studentenverband SDS sowie trotzkistisch orientierte Gruppen und Netzwerke wie Marx 21, Sozialismus von unten (SVO), Sozialistische Organisation Solidarität (SOL) , die Sozialistische Alternative (SAV) u.a. Traditionell stark verankert sind diese Gruppen im Bezirksverband Neukölln der Linken – wo Emde auch ihr Direktmandat gewann.

Allerdings ist dieses – grob gesagt – radikal antikapitalistische Spektrum äußerst heterogen. Ein Teil setzt auf eine „Sozialistische Vernetzung“ als parteiinternen Zusammenschluss, um die Partei insgesamt nach links zu rücken, und vor allem für die vielen jungen Neumitglieder eine Plattform zu schaffen. Am 21./ 22. November 2026 fand dazu in Kassel eine bundesweite Gründungskonferenz statt. Statt sich vor allem auf parlamentarische Arbeit zu konzentrieren, will die Initiative soziale Kämpfe, Proteste und Kampagnen innerhalb und außerhalb der Partei vorantreiben. „Eine Selbstverortung als revolutionär ist jedoch kein Muss für die sozialistische Vernetzung, zunächst ist es entscheidend, sich klar gegen das kapitalistische Mitregieren zu positionieren, eine klassenkämpferische Haltung in den Gewerkschaften zu vertreten, gegen den deutschen Imperialismus mobil zu machen und sozialistische Ideen zu popularisieren“ heißt es dazu in einem Papier von Initiatoren der Konferenz. Ein anderer Teil setzt eher auf den Aufbau einer neuen revolutionären Massenorganisation als Perspektive.

Hauptsache regieren – egal wofür

Nun sollte man die Wirkmächtigkeit der Gestalter trotzkistischer Blasen nicht überschätzen, aber für die Berliner Linke ist die Zerreißprobe mit dem Ausschluss von Vanessa Emde aus der Fraktion noch lange nicht beendet. Schließlich entscheidet über die Annahme des voraussichtlich im Januar vorliegenden Koalitionsvertrag die Basis in einer Mitgliederbefragung. Wenn man ein bisschen in die Partei hineinhört, hat man allerdings den Eindruck, dass die Strahlkraft der Perspektive einer von den Linken geführten Regierung unabhängig von den dafür zu schluckenden Kröten ziemlich groß ist. Und dieser Mechanismus hat bislang immer prima funktioniert, auch wenn es nur ums „Mitregieren“ ging.

Zerreißproben stehen allerdings auch in einigen durchaus relevanten

außerparlamentarischen Gruppen an. So hat die Initiative „Deutsche Wohnen&Co enteignen“ große Hoffnungen auf einen linken Wahlsieg gesetzt, zumal die bereits 2021 in einem Volksentscheid beschlossene, aber danach nicht umgesetzte Vergesellschaftung großer privater Wohnungskonzerne auf jedem 2. Wahlplakat der Partei angekündigt wurde. Doch bereits in den Sondierungen wurde das gründlich verwässert und zeitlich gestreckt. Innerhalb der Initiative knirscht es jetzt zwischen der „Besser als gar nichts”-Fraktion und Verfechtern einer Kampagne für einen neuen Volksentscheid zur Vergesellschaftung.

Und auch links-affine Gewerkschafter sind not amused, dass die seit vielen Jahren angekündigte und sogar in früheren Koalitionsverträgen bereits verankerte Wiedereingliederung der Billiglohntöchter an städtischen Kliniken in den Tarif des Öffentlichen Dienstes wohl weiter auf sich warten lassen wird. An den städtischen Kliniken drohen sogar massive Verschlechterungen, weil die mühsam erkämpften Entlastungstarifveträge für die Mindestbesetzung der Stationen wegen klammer Kassen gekündigt wurden. Aber im Aussitzen derartiger Misshelligkeiten haben koalitionsfreudige Linke ja in Berlin mittlerweile jahrzehntelange Erfahrung. Und die ganze Wahrheit wird auch nicht im rot-grün-roten Koalitionsvertrag stehen, sondern in der Finanzplanung für die kommenden Jahre.

Titelbild: ChatGPT, erstellt mit künstlicher Intelligenz